58. Jahrgang. № 51. Sonnabend, 20. Februar 1909.

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Druck und Verlag von Liepsch & Reichardt in Dresden.

Bezugsgebühr vierteljährl. für Dresden bei täglich zweimaliger Zutragung (an Sonn- und Montagen nur einmal) 2,50 Mk., durch auswärtige Kommissionäre 3,50 Mk. Bei einmaliger Zustellung durch die Post 3 Mk. (ohne Bestellgeld). Die den Lesern von Dresden u. Umgebung am Tage vorher zugestellten Abend-Ausgaben erhalten die auswärtigen Bezieher mit der Morgen-Ausgabe zusammen zugestellt. Nachdruck nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresdn. Nachr.") zulässig. — Unverlangte Manuskripte werden nicht aufbewahrt.

Anzeigen-Tarif Annahme von Ankündigungen bis nachm. 3 Uhr, Sonntags nur Marienstraße 38 von 11 bis 1/2 1 Uhr. Die einspaltige Grundzeile (ca. 8 Silben) 25 Pf., Familien-Nachrichten aus Dresden 20 Pf., Geschäfts-Anzeigen auf der Privatseite Zeile 30 Pf.; die zweispaltige Zeile a. Textseite 60 Pf. — In Nummern nach Sonn- u. Feiertagen die einspaltige Grundzeile 30 Pf., auf Privatseite 40 Pf., Familien-Nachrichten a. Dresden die Grundzeile 25 Pf. — Auswärtige Aufträge nur gegen Vorausbezahlung. — Jedes Belegblatt kostet 10 Pf.

Telegramm-Adresse: Nachrichten Dresden.
Fernsprecher: 11 • 2096 • 3601.

Hauptgeschäftsstelle: Marienstraße 38/40.

Lobeck & Co. Hoflieferanten Sr. Maj. d. Königs v. Sachsen. | **Carola-Chocolade.** Einzelverkauf: Dresden, Altmarkt 2.

Osram- LAMPEN in zirka 70 Typen auf Lager. Kronleuchter-Geschäft von Ebeling & Groener. Bankstrasse 11. 70 % Stromersparnis.

Schläuche Klappen Platten Ringe Schnüre Walzen Puffer Riemen aus Gummi Guttapercha Asbest fertigt in garantirt haltbaren Qualitäten E. Böhme Dresden Ferdinandstr. 13.

Madenwürmer, Springwürmer, auch Askariden genannt, werden auch in hartnäckigen Fällen beseitigt durch das spezifisch wirkende neue Madenwurmmittel „Antiverm". Mit genauer Anweisung Mark 1,20, bei Einsendung von Mark 1,40 franko. Depot und Versand: Löwen-Apotheke, Dresden, Altmarkt.

Lederwaren. Reise-Artikel. Weitgehendste Auswahl in Gebrauchs- und Luxus-Lederwaren. **Adolf Näter,** Grösstes Lederwaren-Spezialgeschäft 26 Prager Strasse 26.

Für eilige Leser.

Mutmaßliche Witterung: Kühl, bewölkt.

Kaiser Wilhelm wird, wie authentisch gemeldet wird, in den ersten Märztagen eine Mittelmeerreise antreten.

Fürst Radolin erklärt in einem beim Auswärtigen Amt eingegangenen Telegramm, daß er der Veröffentlichung der Depesche des Kaisers im „Matin" völlig fernstehe.

Der Reichstag verwies gestern u. a. den Antrag betr. Regelung des Vertragsverhältnisses zwischen ländlichen Arbeitern, sowie Gesinde und ihren Arbeitgebern an eine Kommission.

Der Etat der Stadt Berlin balanciert in Einnahme und Ausgabe mit 288 477 896 Mark.

General Castro hat gestern Berlin verlassen und sich zum Aufenthalt nach Dresden begeben.

Gestern fand in Stuttgart die Trauung der einzigen Tochter des Grafen Zeppelin mit dem Freiherrn von Brandenstein statt.

Der türkische Minister des Aeußeren wird die europäischen Hauptstädte besichtigen, um mit den Ministern des Aeußeren zu konferieren.

Die Eröffnung eines regelmäßigen Luftschiffdienstes zwischen Boston und Newyork wird zum 1. Mai angekündigt.

Auf dem toten Strang

sind die Verhandlungen über die Reichsfinanzreform angelangt und mit jedem Tage wächst die Unruhe im deutschen Volke, weil keiner weiß, was da werden soll. Die Ungewißheit über das Schicksal der neuen Steuerpläne lastet wie ein lähmender Alp auf Handel und Wandel und dazu gesellt sich ein schweres politisches Unbehagen, wenn man sehen muß, wie der Reichstag der wichtigsten Aufgabe, die ihm seit Bestehen des Reiches gestellt worden ist, so kleinlich und wenig würdig gegenübersteht. Monate sind vergangen, aber trotz allem redseligen Hin und Her im Plenum und in Kommissionen ist bisher nicht der geringste Fortschritt erzielt worden. Meine Frage: die Stunde ist ernst, so ernst, daß man sogar schon von einer Auflösung des Reichstages spricht, falls dieser wider Erwarten verzagen sollte. Die Ueberzeugung von der Notwendigkeit einer gründlichen Reichsfinanzreform ist in der Tat schon so tief in die breitesten Volksschichten gedrungen, daß ein Appell an die deutsche Nation wohl nicht vergeblich sein würde. Schon jetzt machen sich Anzeichen bemerkbar, die deutlich beweisen, daß ein allgemeiner Entrüstungssturm losbrechen würde, falls die Gesundung unserer Reichsfinanzen nicht bald ihrer Verwirklichung entgegengeführt wird, und zwar auf einem Wege, der den Massenverbrauch und den Besitz gleichmäßig zur Steuerleistung heranzieht. Keiner aber wird wünschen, daß der Reichstag, der die Aera einer nationalen Blockpolitik so hoffnungsvoll eingeleitet hat und erst zwei Jahre existiert, so bald und so ruhmlos von der Bildfläche verschwinde. Darum sei die Hoffnung nicht aufgegeben, daß trotz aller Schwierigkeiten doch noch eine einigende Formel gefunden werden möge, die uns dem von allen Patrioten erstrebten Ziele näher bringt. „Ein Weg der Verständigung kann gefunden werden, weil er gefunden werden muß", so sprach der Reichskanzler Fürst Bülow im Deutschen Landwirtschaftsrat, und in diesen ernsten Worten liegt der Kern und eigentliche Zweck seiner Rede. Der Widerstand gegen die Nachlaßsteuer droht das ganze Werk zum Scheitern zu bringen und dieser Widerstand ist bekanntlich am stärksten in den Kreisen der Landwirtschaft. Kein Wunder also, daß der Reichskanzler die Gelegenheit wahrnahm, um in eindringlicher Weise für die von der Regierung eingebrachten Steuervorlagen zu plädieren. Ob er Erfolg damit haben wird, ist mehr als zweifelhaft, denn die Resolutionen des Deutschen Landwirtschaftsrates erklären die Entwürfe einer Nachlaßsteuer und des Gesetzes über das Erbrecht des Staates für unannehmbar. Und daß die Generalversammlung des Bundes der Landwirte dieser Stellungnahme mit aller Energie beitreten wird, ist nur zu wahrscheinlich. Man wird also nicht leugnen können, daß die innerpolitische Lage im Reiche zurzeit sehr kritisch ist, und so wird sie tatsächlich sowohl in parlamentarischen wie in Regierungskreisen aufgefaßt.

Wenn, woran kaum noch zu zweifeln ist, die Nachlaßsteuer fällt, was dann? Die verbündeten Regierungen beharren auf ihr, wie sie noch jüngst durch den Mund des preußischen Finanzministers haben erklären lassen, unerschütterlich. Das ist keine starre Hartnäckigkeit, wie man sie hier und da bezeichnet, sondern wohlerwogene Festigkeit, denn man sieht in der Nachlaßsteuer die beste Form einer Besteuerung des Besitzes. Man wird trotz mancher Bedenken zugeben müssen, daß von allen in Frage kommenden direkten Reichssteuern die Nachlaßsteuer absolut und relativ die beste ist, ganz abgesehen von ihren hohen Erträgnissen schon deshalb, weil sie dem sozialen Empfinden entspricht und am wenigsten in die Finanzhoheit der Bundesstaaten eingreift. Was für die Nachlaßsteuer bisher als Ersatz vorgeschlagen worden ist, kann nicht recht ernsthaft genommen werden, denn die mit 60 Millionen berechnete Kohlensteuer und die Erhöhung des Kaffeezolles bedeuten doch bei Leibe keine Steuern auf den Besitz und das Vermögen, sondern eine neue Belastung des Konsums, was man ja gerade vermieden wissen will, nachdem für die neuen Steuern schon Bier, Tabak und Spiritus genügend herangezogen werden sollen. Die Nachlaßsteuer ist doch hauptsächlich als gerechter Ausgleich gegenüber den Verbrauchssteuern gedacht und deshalb in den Plan der Reichsfinanzreform eingefügt worden. Wer sie kategorisch verwirft, muß also ein Aequivalent bieten, das mindestens ebenso gut ist. Man hat sich hierbei aber die Sache sehr leicht gemacht, denn die Parole lautet gestern wie heute: Erhöhung der Matrikularbeiträge bis zu 100 Millionen jährlich mit der Maßgabe, daß die Einzelstaaten zu ihrer Aufbringung das Vermögen heranzuziehen hätten. So hat es die „Kreuz-Zeitung" gleichsam als Ultimatum vorgeschlagen. Wo bleibt bei diesem Vorschlag aber die sonst so viel betonte konservative Rücksichtnahme auf das bundesstaatliche Prinzip, auf die Finanzhoheit der Einzelstaaten?! Es ist in den letzten Tagen davon gefabelt worden, daß die Finanzminister einiger Bundesstaaten „umgefallen" seien und der von der „Kreuz-Ztg." befürworteten Form einer Erhöhung der Matrikularbeiträge zugestimmt hätten, wenigstens im Prinzip. Davon kann, wie wir bestimmt versichern können, keine Rede sein, am wenigsten, soweit Sachsen dabei in Betracht kommt. Die sächsische Regierung und nicht zuletzt der Finanzminister von Rüger protestieren heute ebenso lebhaft wie früher gegen jede Erhöhung der Matrikularbeiträge über den Rahmen der Regierungsvorlage hinaus, vor allem aber gegen das Ansinnen an die Bundesstaaten, sich die Art und Weise der Aufbringung der Matrikularbeiträge in irgendeiner Form vom Reiche vorschreiben lassen zu sollen. Damit wäre der erste Schritt zur Vernichtung der einzelstaatlichen Finanzhoheit getan, weitere würden unfehlbar folgen, denn der Appetit wächst bekanntlich beim Essen. Hier heißt es für die Bundesstaaten: hart bleiben! Wenn die Matrikularbeiträge direkten Reichssteuern gegenüber einen Vorzug haben, so ist es der, daß den Bundesstaaten dabei überlassen bleibt, auf welche Art sie ihre Leistungen an das Reich aufbringen wollen. Es ist und bleibt dabei, daß eine Reichsvermögenssteuer in welcher Gestalt auch immer für die Bundesstaaten unannehmbar ist.

Darum sollte man endlich aufhören, immer wieder mit solchen Vorschlägen zu kommen, die durch ihre Wiederholung wirklich nicht besser werden. Es werden andere Mittel und Wege gefunden werden müssen, um einen Ersatz für die Nachlaßsteuer zu schaffen. Man spricht bereits davon, daß eine Einigung der Parteien auf eine erweiterte Erbanfallssteuer nicht unwahrscheinlich ist. Ob diese Meldung aber zutreffend ist, bleibt um so mehr abzuwarten, als über das Wesen und die Einzelheiten dieser Erbanfallssteuer noch keinerlei nähere Mitteilungen in die Oeffentlichkeit gedrungen sind. Jedenfalls wäre hier ein Ausweg, den man beschreiten sollte, wenn er nur irgendwie gangbar ist. Je schneller, desto besser, denn mit jedem Tage mehren sich die Schwierigkeiten und wachsen die Reibereien zwischen den einzelnen Gruppen des Blocks, weil zu den sachlichen Streitpunkten auch noch persönliche Rivalitäten und immer neue Treibereien der Interessentenkreise kommen. Wie bedrohlich die Situation empfunden wird, zeigt sich in der Tatsache, daß allerlei Gerüchte umherschwirren, die von einem Zerfall des Blocks oder von Reichstagsauflösung oder von einem sonstigen „entscheidenden Eingreifen" des Reichskanzlers zu melden wissen. Auch behauptet man, daß der Rücktritt des Reichsschatzsekretärs Sydow bevorstände, wenn es nicht bald gelingen sollte, die der Reichsfinanzreform entgegenstehenden Hemmnisse zu beseitigen. Was daran wahr ist, läßt sich schwer kontrollieren, aber sehr glaubhaft klingen diese Gerüchte nicht. So bald ist Fürst Bülow nicht am Ende seiner Weisheit angelangt, und vielleicht gelingt es ihm schneller, als man glaubt, eine Verständigung über die Reichsfinanzreform herbeizuführen. Zur ultima ratio einer Reichstagsauflösung entschließt sich ein so gewissenhafter und besonnener Staatsmann, wie Fürst Bülow es ist, doch nur dann, wenn alle, aber auch alle anderen Möglichkeiten erschöpft sind. Denn selbst wenn der günstige Ausgang der Neuwahlen einem Staatsmanne so gut wie sicher erscheint, überlegt er es sich doch erst dreimal und noch öfter, ehe er das Land den leidenschaftlichen Stürmen und Aufregungen einer Wahlkampagne aussetzt, die unter dem Zeichen der Reichsfinanzreform steht, denn die Leute werden bekanntlich da am ungemütlichsten, wenn es sich um Geld- und Steuerfragen handelt.

Neueste Drahtmeldungen vom 19. Februar.

Deutscher Reichstag.

Berlin. (Priv.-Tel.) Der sozialdemokratische Antrag betr. Regelung des Vertragsverhältnisses zwischen ländlichen Arbeitern sowie Gesinde und ihren Arbeitgebern wird wieder einmal weiterberaten. — Abg. Arendt-Labiau (kons.) tritt dem Antrage entgegen, der im wesentlichen doch nur bezwecke, Unzufriedenheit zu säen. Die Landarbeiter befänden sich weder in ungünstiger Lage, noch würden sie schlecht behandelt. Meine Arbeiter, erklärt Redner, sind meine Freunde und ich bin der ihre. (Der Redner ist im Zusammenhange außerordentlich schwer zu verstehen, namentlich auch, weil die vor der Tribüne dicht zusammengescharten Abgeordneten seine Ausführungen unablässig mit Beifalls- und Heiterkeits-Aeußerungen begleiten. Der Präsident Graf Stolberg vermag daran nichts zu ändern, obwohl er wiederholt heftig die Glocke schwingt und um mehr Ruhe bittet, da selbst er den dicht vor ihm stehenden Redner nicht verstehen könne.) Zum Schluß schildert Redner noch, wie bei der letzten Reichstagswahl die sozialdemokratischen Agitatoren sich in seinem Wahlkreise vergeblich bemüht hätten und wie ihnen auf seinem eigenen Gute von seinen Arbeitern gesagt worden sei: „Wir wissen, was wir an unserem Gutsherrn haben, macht, daß Ihr wegkommt!" — Abg. Zubeil (Soz.): Den ländlichen Arbeitern verweigere man die einfachsten Menschenrechte. In den Kontrakten stehe immer nur was von den Rechten der Arbeitgeber, aber nicht von denen der Arbeiter. Abg. Werner (Reformp.) wird vom Vizepräsidenten zweimal zur Ordnung gerufen, einmal wegen Kritik der Präsidialführung, dann, weil er diesen Ordnungsruf mit den Worten: „Das schadet nichts!" aufgenommen hatte. Der sozialdemokratische Antrag wird darauf in namentlicher Abstimmung mit 209 gegen 106 Stimmen an eine Kommission verwiesen. — Es folgt Beratung des von den Polen beantragten Gesetzentwurfes, betreffend die Freiheit des Grundeigentumerwerbes. — Abg. Dr. v. Dziembowski (Pole) begründet den Gesetzentwurf, der in einem einzigen Paragraphen ausspricht, daß keinem Reichsangehörigen mit Rücksicht auf das Glaubensbekenntnis, die politische Gesinnung oder die Nationalität Beschränkungen irgendwelcher Art beim Erwerb oder der Veräußerung von Grundeigentum oder der Errichtung von Wohnstätten auferlegt werden dürfen. Alle entgegenstehenden landesgesetzlichen Bestimmungen sollen aufgehoben werden. — Abg. Graf Praschma stimmt namens des Zentrums dem Antrag zu. Das Eigentumsrecht werde von der preußischen Ansiedelungsgesetzgebung schwer verletzt. Die Eigentumsbeschränkungen erfolgten nicht aus unter Umständen berechtigten sachlichen Rücksichten, sondern aus persönlichen, politischen Gründen. (Sehr richtig! im Zentrum.) Das letzte Ansiedelungsgesetz sollte lediglich ein Kampfgesetz sein. Schon die christlichen Grundsätze seiner Partei verböten ihr, ein solches Vorgehen zu billigen. — Abg. Stadthagen (Soz.) führt des weiteren aus, daß die ganze preußische Ansiedelungsgesetzgebung, insoweit sie Eigentumsbeschränkungen zum Ziele hat, gegen das Reichsrecht verstoße. Der vorliegende Antrag habe daher volle Berechtigung. Die Eigentumserwerbung durch Enteignung der Polen sei nichts anderes als gemeiner Diebstahl, auf Grund des Gesetzes. Er kenne keine zweite Gesetzgebung von solchem Tiefstande, keine zweite, die so der Gewalttat zum Rechte verhelfe, und zwar mit Unterstützung von nationale Politik heuchelnden Leuten. Der Eigentumsbegriff werde von diesen Leuten unterhöhlt, die ebenso gut Hehler und Stehler seien, wie der gewöhnliche Hehler und Dieb. (Präsident Graf Stolberg erklärt diese Wendung für unzulässig, falls sie gegen Abgeordnete gerichtet sein sollte.) — Abg. Gothein (Freis. Vgg.): Die Enteignungspolitik verstoße tatsächlich gegen Reichsrecht. Wer noch Wert darauf lege, daß Deutschland im Auslande als Kulturland angesehen werde, sollte sich einer solchen Politik der Beschränkungen des Eigentums entschieden widersetzen. Wer es mit dem Reich gut meine, würde wünschen müssen, daß wir mit unseren polnisch sprechenden Mitbürgern in Frieden leben, statt dessen geschehe alles, um die Gegensätze zwischen deutsch — und unseren polnisch sprechenden Mitbürgern zu verschärfen. Deutschland heiße gerecht sein, deswegen würden seine sämtlichen politischen Freunde aus beiden Fraktionen dem Antrage zustimmen. (Lebhafter Beifall bei den Polen und Sozialdemokraten.) Schluß nach 5¾ Uhr. Nächste Sitzung Mittwoch: Etat des Rechnungshofes, dritte Lesung der Dampfersubventionsvorlage.